

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 48

Artikel: Geschlechterverhältnisse und Entwicklungspolitik : Replik auf Peter Niggli
Autor: Sancar, Annemarie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geschlechterverhältnisse und Entwicklungspolitik

Replik auf Peter Niggli

In seinem Beitrag „Alternativen zum ‚liberalen Imperialismus‘“ provoziert Peter Niggli mit der Aussage: Wenn wir in der Schweiz zur Formulierung von entwicklungspolitischen Leitlinien und Perspektiven wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund stellen, dann können u.a. „Gender-Faktoren vernachlässigt“ werden (Widerspruch 47/2004, 173). Die Geschlechter-Frage werde in den Entwicklungsländern selbst entschieden. Es liege nicht an uns, uns dort einzumischen, denn wir hätten „dort nichts zu sagen und sind auch keine direkt involvierten Akteure.“(ebd.)

Diesen von Niggli damit zum Ausdruck gebrachten Standpunkt will ich im folgenden kommentieren und der Frage nachgehen, inwiefern hier ein Zusammenhang besteht zur Gender-Euphorie in der bilateralen Projekt- und Programmarbeit der internationalen Zusammenarbeit (IZA). Gilt diese geographische Trennschärfe – „wir agieren hier und nicht in den Entwicklungsländern selbst“ – wirklich auch für die Politik? Und auch wenn dem so wäre, müsste nicht gerade auch der Norden oder vielmehr die über (alternative) Definitionsmacht verfügenden Akteure die Geschlechter-Frage stellen, wenn sie über Globalisierung nachdenken und die Politik beeinflussen wollen?

Die Genderdebatte, die sich auf die in den Cultural Studies entwickelten Konzepte des biologischen und sozialen Geschlechts bezieht, ist in der Entwicklungszusammenarbeit intensiv geführt worden, ihre Wirkung zeigt sich in der Umsetzung neuer Methoden für eine geschlechter-relevante internationale Zusammenarbeit, beispielsweise des Gender Mainstreaming.¹ Tatsächlich wurde die Frage der geschlechterspezifischen Hierarchien vor allem im Kontext lokaler Entwicklung, der Entwicklung von meistens ländlichen Gemeinden diskutiert. Geschlechterhierarchien werden vor allem in der Fremdbeschreibung als ernstes Problem wahrgenommen. Das Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern wird im Namen der Hilfe für die armen Länder dadurch nationalisiert und jederzeit nach aussen oder eben in den Süden verschiebbar.² In stereotypisierender Manier lässt sich die Frage nach der geschlechterspezifischen Ungleichheit als Problem der Unterentwicklung, der Tradition der Nehmerländer exotisiert darstellen und auf der Mikroebene der Projekte abhandeln. Solche ideologischen Verzerrungen verstellen den Blick auf die Verflechtungen von Makroebene und Mikroebene, von grossen Strategien und kleinen Entwicklungen. Diese müssen aber Teil der Analyse sein, die einem Entwurf entwicklungspolitischer Alternativen zur heute dominierenden

Politik der wirtschaftlichen Globalisierung³ zugrundegelegt wird und die auch konsequent das klassische Entwicklungsparadigma hinterfragen muss.⁴

Die Geschlechter-Frage kann also nicht einfach in nationale und kommunale Probleme übersetzt und den Staaten des Südens oder einzelnen Entwicklungsprojekten überlassen werden. Projekte, die den Zugang der Frauen zu Ressourcen verbessern, sind sicher ausserordentlich wichtig und in jedem Staat wird man sich mit den Geschlechterverhältnissen auseinandersetzen. Welche Rolle spielt hier aber die internationale Entwicklungspolitik? Selbstverständlich kann sie die Verantwortung den einzelnen Staaten und der nationalen Zivilgesellschaft überlassen, doch wir wissen es ganz genau, wie eng deren Handlungsspielraum ist bzw. wie stark die Bedingungen von internationalen Machtverhältnissen abhängig sind. Internationale Entwicklungspolitik hiesse also, diese Bedingungen, unter welchen Staaten Gleichstellungspolitik betreiben, zu reflektieren. Ihre Aufgabe wäre es, das Verhältnis zwischen Makro- und Mikroebene, das heisst, die Überschneidungen von lokaler Entwicklung und Makropolitik auszuleuchten. Sie sollte sichtbar machen, wo und an welchen Stellen Geschlecht als strukturierende Kategorie bisher ignoriert wird. Und sie sollte der Frage nachgehen, warum man in der Makroökonomie immer noch von einer Geschlechter-Neutralität ausgeht und ob diese gar ein genuiner, ideologisch wirksamer Bestandteil der Wachstumslogik ist.

Geschlecht ist eine Differenzierungskategorie, die den Zugang zu Ressourcen strukturiert. Entscheide über Exklusion und Integration sowie über marktrelevante Teilnahmebedingungen werden auch auf makroökonomischer Ebene gefällt. Wie also kommt es, dass Niggli in seinem Beitrag, wie bereits auch schon in seinem Buch⁵, diese so wichtige Ausgangsdifferenz explizit ausgeklammert hat?

Es gibt viele Gründe, warum internationale Entwicklungspolitik das Geschlechterverhältnis reflektieren muss, doch entscheidend ist wohl die Tatsache, dass Märkte sozial konstruiert sind. Gender, das soziale Geschlecht als eine der zentralen Kategorien, dergemäss sich unsere Gesellschaft organisiert, schlägt sich überall nieder, also auch in den Marktstrukturen. In den Ausführungen von Niggli wird die Care Economy aus unverständlichen Gründen nicht einmal erwähnt.

Schon 1995 veröffentlichte die UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) Zahlen über unbezahlte Arbeit (namentlich Subsistenzwirtschaft, Hausarbeit, Freiwilligenarbeit): Es sind 70 Prozent des „Worldoutputs“ (Weltproduktion), was einen „Lohn“ von 16 Trillionen \$ ergeben würde, wobei 69 Prozent dieses „Umsatzes“ aus der von Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit stammten. Unbezahlte Arbeit bedeutet indes nur einen indirekten Zugang zum Markt, der sich nach der (mehrheitlich von Männern geleisteten) bezahlten Arbeit und deren Präferenzen richtet. Die Diskussion darüber ist nicht neu; auch die Erkenntnis, dass dies mit

der vermeintlich natürlichen Arbeitsteilung in den Familien/Haushalten zu tun hat, kennen wir spätestens seit der von den Bielefelderinnen lancierten Diskussion über die Bedeutung von Frauenarbeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem.⁶ Doch nach wie vor gelingt es, die Hierarchie zwischen den Geschlechtern in biologistischer Manier in den Bereich der Haushalte, der „Familie“ abzuschieben. Dass damit auch die Geschlechter-Neutralität der ökonomischen Analyse unhinterfragt hingenommen wird, müsste längst Gegenstand einer kritischen Entwicklungspolitik sein.

Obschon das Ausmass der unbezahlten Arbeit von Frauen beträchtlich ist, kommt sie in der Wirtschaftstheorie kaum vor, wie die Ökonomin und Care-Economy-Spezialistin Mascha Madörin kritisch bemerkt. „Die Wirtschaftstheorien vernachlässigen wichtige Faktoren, welche die wirtschaftliche Dynamik beeinflussen, dazu gehören wesentlich die Geschlechterverhältnisse.“

⁷ Bereits 1944 hat Karl Polanyi die rationalistische Reduktion des Marktes auf seine ökonomische Funktion kritisiert und 1970 hat Ester Boserup die Geschlechterdimension von Ökonomie untersucht.⁸ Es lohnt sich, diese Diskussion wieder aufzunehmen, sie in den globalisierten Kontext zu stellen⁹ und nach der Bedeutung der Schnittstellen von sozialen und ökonomischen Kategorien zu fragen. Es wäre die Aufgabe eines alternativen Entwicklungsansatzes, die Schwächen und die Grenzen der ökonomischen Rationalität aufzuzeigen – zum Beispiel deren Blindheit für Care Economy.¹⁰

Wirtschaft ist nicht geschlechterneutral und makroökonomische (Handels-)Bedingungen werden auch entlang der Geschlechterdifferenz strukturiert. Auch Handelsabkommen als eine Manifestation von Marktdynamiken wirken sich auf Frauen nicht gleich aus wie auf Männer. Wenn also Niggli (und die Arbeitsgemeinschaft) in den Leitlinien für eine Entwicklung plädiert, die zu mehr Gleichstellung der Geschlechter führt, müssen Fragen nach den geschlechterspezifischen Auswirkungen der neuen Marktdynamiken zentral behandelt werden, denn Geschlecht ist eine zentrale Strukturierungskategorie für die Regelung der Teilnahme am Wachstum. Das gilt auch für einen neuen „Bretton Woods-Kompromiss“. Aus wirtschaftlicher Entwicklung resultiert nicht zwangsläufig eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Frauen und umgekehrt: Der Alltag der Frauen kann sich auch ohne direkten Einfluss der ökonomischen Entwicklung verbessern.

Ein Grund mehr, warum die Geschlechter-Frage systematisch in die makroökonomische Diskussion zu integrieren ist, eben auch in die Diskussion um ein sozialverträglicheres Wirtschaftssystem. Erst so gelangt man zu den entscheidenden Fragen: nämlich welche Rolle geschlechterspezifische Diskriminierungen und ungleiche Machtverhältnisse im Markt spielen, welche Bedeutung geschlechterspezifische Rollen, Arbeitsteilung und Arbeitsmarkt für die Marktentwicklung haben und wie sich die makroökonomischen Entwicklungen auf die tatsächliche Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken. Diese Fragen müssen uns interessieren, wenn wir für Gleichstellung und Entwicklung – wo auch immer – eintreten.

Wirtschaftskreise propagieren immer wieder, dass sich die Handelsliberalisierung positiv auswirkt auf die produktiven Sektoren und eine nie dagewesene Anzahl neuer Arbeitsplätze entsteht. Eine geschlechterorientierte Entwicklungspolitik muss den Blick auf die Wirkungsunterschiede und Nebenwirkungen werfen: Haben Frauen und Männer gleichermaßen Zugang zu den neuen Errungenschaften, wird Wachstum gleichmässig verteilt? Und auf wessen Kosten? Oft profitieren Frauen tatsächlich vom Wachstum durch Export, sie haben ein Einkommen und ihr Lebensstandard verbessert sich. Doch damit, so stellt Gurushri Swamy in einer vergleichenden Studie fest, verringert sich die Geschlechterungleichheit nicht automatisch und es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass Frauen in neue Abhängigkeiten geraten.¹¹ Betreffend Lohnentwicklung in Exportbranchen kommt sie zu folgendem Schluss: „... women may lose out to men in terms of wages as export industries become more skill-intensive.“ Auch die Arbeitsplatzgarantie ist nicht geschlechterneutral: Sei es in Bangladesh, China oder Korea, Frauen sind stärker vertreten in Sektoren, in denen hohe Flexibilität verlangt wird und sie haben weniger Möglichkeiten für eine Lohnverbesserung. „There is no upward pressure on wages because there is an abundant supply of such unskilled female labour“ (ibd. 4887). Schliesslich finden sich deutlich mehr Frauen im „home-based sector“, was wiederum ihren Handlungsspielraum für Lohnforderungen einschränkt. Ähnliche Beobachtungen macht die Autorin in der exportorientierten Landwirtschaft. Die durch Exportproduktion entstandenen neuen Einkommensmöglichkeiten im Süden verschliessen sich den Frauen, ihnen fehlt oft der formal-rechtliche Zugang zu vermessenem Land¹² und sie verlieren die Kontrolle über die traditionell von ihnen erwirtschafteten Produkte, sobald diese in den Exportmarkt eingebunden werden.

Auch wenn die Nebeneffekte von liberalisierter Wirtschaft nicht überall gleich negativ ausfallen, zeigen diese Beispiele, dass Wachstum nicht automatisch auch Gleichstellung bedeutet, dass Frauen und Männer nicht gleichermaßen von der Zunahme der Einkommensmöglichkeiten profitieren. Gründe für diese neu entstehenden Geschlechterhierarchien können teilweise bestimmt mit den Strukturen einzelner Staaten und ihrer Geschichte zusammenhängen. Dennoch lässt sich das Problem der Ungleichheit und der Diskriminierung nicht einfach dezentralisieren und die Verantwortung dafür an den Süden delegieren. Im Wissen darüber, dass sich Geschlechterhierarchien trotz Wachstum vielerorts verschärfen, drängt sich eine geschlechter-bewusste Reflexion der makroökonomischen Dynamik auf, wenn mit Wachstum nicht nur eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern auch Geschlechtergleichstellung erreicht werden soll. Dass in den Ausführungen von Niggli diese Reflexion fehlt, lässt den Verdacht aufkommen, dass das Plädoyer für mehr Gleichstellung in den „Leitlinien“ eher als Ausdruck einer „add women and stir“- Methode zu verstehen ist und nicht so sehr als ein umfassend konzipiertes Programm

der Entwicklungspolitik. Da stellt sich unweigerlich die Frage, ob dieses Plädoyer mehr als politische Korrektheit bedeuten kann.

Gefragt ist ein Paradigmenwechsel, der Markt nicht nur als Produkt rationaler Prozesse, sondern auch als soziale Konstruktion sieht. Und: Markt hat ein Geschlecht, um den Titel eines Dokumentes der „Erklärung von Bern“ aufzunehmen¹³, jede Verhandlung, jedes Abkommen hat eine geschlechterspezifische Komponente – sowohl in der Erarbeitung als auch in den Wirkungen. Erst wenn diese Differenzierung als ein integraler Bestandteil von Wirtschaft akzeptiert ist, sind wir auch in der Lage, die geschlechterspezifische Dimension von Armut zu verstehen. Und dieses Verständnis ist grundlegend, wenn Armut durch wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung überwunden werden soll.¹⁴

Die „Leitlinien“ sollen ein Meilenstein in der entwicklungspolitischen Diskussion sein. Umso wichtiger ist es, nicht bei der Kritik stehen zu bleiben. Diese Ausführungen können einen Anstoss dazu geben, die alte Debatte wieder aufzunehmen. Im Gegensatz zur Ignoranz in der aktuellen Diskussion über Geschlechter und Ökonomie müssen die verschiedenen Debatten aus Entwicklungspolitik, feministischer Ökonomie und Ideologiekritik neu miteinander verknüpft werden. Insofern sind die Analysen von Peter Niggli ein nützlicher Ausgangspunkt, um die dringend notwendige Diskussion weiterzuführen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu den Artikel von A. Sancar zur Bedeutung von Gender Mainstreaming in der Entwicklungspolitik (A. Sancar, Essentialisierung durch Gender Mainstreaming. In: *femina politica*, Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Heft 2/2004. S. 15-25, Berlin).
- 2 Annemarie Sancar, Perspektivenvielfalt als Sehshule. In: *Schleiersichten*, cfd-Dossier 2/2000, S.41.
- 3 Peter Niggli: *Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert*. Zürich 2004, S 15.
- 4 Vgl. dazu Aram Ziai: *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik*, ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses, Hamburg 2004, v.a. S. 134 ff.
- 5 Vgl. Peter Niggli, *Nach der Globalisierung*.
- 6 Vgl. Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof: *Frauen, die letzte Kolonie*, Hamburg 1983 – und die bis heute dazu intensive Forschung und anhaltende Debatte darüber.
- 7 Mascha Madörin: *Wirtschafts- und Sozialpolitik: Überholte Denkmuster und neue Perspektiven*. Referat gehalten an der internationalen Konferenz der FAM Frauenakademie München zu „Schöner wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten“, 2004; vgl. auch ihren Beitrag in diesem Heft.
- 8 Karl Polanyi: *The Great Transformation*. London 1944, und Ester Boserup: *Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika. Asien, Lateinamerika*. Stuttgart 1982
- 9 Vgl. dazu die differenzierte Analyse von Lourdes Beneria: *Gender, Development and Globalization*. London 2003.

- 10 Mascha Madörin: Care Economy – ein blinder Fleck der Wirtschaftstheorie. Widerspruch 40, 2001, Zürich.
- 11 Gurushri Swamy: International Trade and Women. In: Perspectives and political weekly, Nov. 6, 2004, 4885ff.
- 12 Vgl. Birgit Englert: Landrechte von Frauen in Afrika. Ein Blick auf die gegenwärtige Debatte. In: Widerspruch 47, 2004, Zürich.
- 13 Vgl. „Das GATS hat ein Geschlecht“, Referat von Marianne Hochuli, EvB, Zürich 2002. Vgl. auch dies: Marktöffnung als Armutsbekämpfungsstrategie? Landwirtschaft, Süd-Nord, WTO und die entwicklungspolitischen Organisationen. In: Widerspruch 47, 2004, Zürich.
- 14 Vgl. dazu die Projektdokumentation von SIDA Schweden „Power and Privileges – On gender discrimination and poverty“, 2003 (www.ud.se).

Christian Suter, Isabelle Renschler, Dominique Joye (Hrsg.)

Sozialbericht 2004

Der *Sozialbericht 2004* zeichnet anhand von systematisch gesammelten Daten und Indikatoren ein Bild der aktuellen Schweiz. Wie steht es um die Lebensbedingungen der Bevölkerung? Was beschäftigt die Menschen in diesem Land? Sind die politischen Verfahren und Institutionen in der Lage, legitime Lösungen für die drängenden aktuellen gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen zu finden? Welche Leistungen erbringt der schweizerische Sozialstaat, was sind seine Kosten und wie schneidet er im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ab? Was muss in der Umweltpolitik geändert werden, dass wir unsere natürliche Umwelt nachhaltig nutzen und für unsere Kinder und Nachkommen erhalten können? Der *Sozialbericht 2004* zeichnet aber auch den Wandel der letzten Jahre nach, der die aktuelle Situation in diesem Land geprägt hat. Alle im Sozialbericht 2004 diskutierten Indikatoren sind grafisch dargestellt und finden sich zusammen mit den entsprechenden Daten auf der CD-ROM, die diesem Band beigelegt ist. Der *Sozialbericht 2004* ist auch in französischer Sprache erhältlich unter dem Titel *Rapport social 2004*.

Christian Suter ist Professor für Soziologie an der Universität Neuenburg.

Isabelle Renschler ist Doktor der Politikwissenschaft und Mitarbeiterin von SIDOS. *Dominique Joye* ist Direktor des sozialwissenschaftlichen Datenarchivs der Schweiz, SIDOS, und Professeur associé an der Universität Neuenburg.

www.seismoverlag.ch buch@seismoverlag.ch



ISBN 3-03777-022-8
300 Seiten, Fr. 38.– / Euro 26.–

Seismo
VERLAG